

Berlin Mitte

Noch in Erinnerung? Mehr oder weniger treffende Aussprüche unserer Politiker in 2005:

„Es beginnt das Jahr des Machtwechsels, des Abschieds von Rot-Grün.“ FDP-Vorsitzender **Guido Westerwelle** am 20. Februar zum Ausgang der Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“ Der damalige SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** am 17. April.

„Die Verantwortung liegt bei mir. Schreiben Sie rein: Fischer ist Schuld.“ Der ehemalige Außenminister **Joschka Fischer** (Grüne) am 25. April im Visa-Untersuchungsausschuss.

„Ich will Deutschland dienen.“ Die CDU-Vorsitzende **Angela Merkel** nach ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin der Union am 30. Mai.

„Ich akzeptiere nicht, dass erneut der Osten bestimmt, wer in Deutschland Kanzler wird. Es darf nicht sein, dass die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen.“ Der CSU-Vorsitzende **Edmund Stoiber** am 4. August.

„Niemand außer mir ist in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden.“ Der damalige Noch-Bundeskanzler **Gerhard Schröder** zum Wahlergebnis des 18. September.

Zwischenruf**Umfragezeichen**

Immer wieder aufs Neue überraschen uns Umfrageinstitute mit Ergebnissen, die wir in ihrer zuweilen höchst widersprüchlichen Wucht erst einmal verarbeiten müssen.

Nehmen wir zum Beispiel jüngste Erhebungen zum Thema Jugend, Schule und Familie. Emnid brachte da in Erfahrung, dass Eltern viel zu wenig Zeit mit ihren Kindern verbringen – jedenfalls nach Meinung der in diesem Fall befragten Lehrer. Die Altvorderen sollten nicht immer nur die neuesten Handys bezahlen, sondern lieber einmal eine Familien-Radtour unternehmen und nicht immer nur gute Noten erwarten.

Seltsam nur: Die Schüler finden das offenbar toll. Sie nämlich wurden von den Emnid-Konkurrenten von Forsa befragt – und siehe da: 86 Prozent der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren bezeichnen sich als „glücklich“ oder sogar „sehr glücklich“. Womit wir uns nun fragen: Sind sie so glücklich, weil die Eltern, statt gemeinsame Radtouren zu planen, lieber Handys bezahlen? Oder sehen wir einen weiteren Beleg, dass Lehrer weder ihre Schüler noch deren Eltern verstehen und umgekehrt? Das müsste man mal klären. Mit einer weiteren Umfrage vielleicht. Vielleicht per SMS? *mw*

Termine heute

Berlin: Der Städte- und Gemeindebund zur Bilanz 2005 und Ausblick 2006.

Berlin: Der Naturschutzbund NABU verleiht den „Dinosaurier 2005“.

Moskau: Die Duma-Kommission legt den Untersuchungsbericht zur Geiseltragödie von Beslan vor.

Radio-Tipp**Fairer Wettbewerb**

Vor etwas mehr als 10 Jahren war die Welt noch einfach: Wer hierzulande einen Telefonanschluss wollte, bekam ein Telefon von der Post; für eine Zugreise kaufte man die Fahrkarte bei der Bundesbahn; Gas lieferten die Gaswerke, Strom kam von den Stadtwerken oder anderen Monopolisten. Heute haben die Verbraucher allerdings die Qual der großen Auswahl. Die Privatisierung ehemaliger Staatsunternehmen hat zu einer Vielzahl von Angeboten geführt. Den Wettbewerb fair zu regeln, ist die Aufgabe der Bundesnetzagentur. **NDRInfo 20.30 Uhr**

***LEXIKON der Politik**

Scholl-Latour, Peter Deutscher Journalist, Herausgeber und Schriftsteller, geboren am 9. März 1924 in Bochum. Er arbeitete seit 1950 als Reisekorrespondent und Redakteur für Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen in zahlreichen Ländern. Er schrieb unter anderem: „Der Tod im Reisfeld“ (1979), „Die sieben Gesichter Chinas“ (1981), „Der Ritt auf dem Drachen“ (1988), „Den Gottlosen die Hölle“ (1991), „Lügen im Heiligen Land“ (1998).

Sri Lanka Auf der Insel an der Südspitze Indiens tobt seit zwei Jahrzehnten ein Bürgerkrieg, der zirka 70 000 Menschen das Leben kostete. Die Guerilla-Armee Tamil Tiger der hinduistischen Bevölkerungsminderheit der Tamilen (18%) fordert im Norden einen eigenen Staat. Die Friedensgespräche mit der Regierung der buddhistischen Mehrheit der Singhalesen (70%) liegen seit 2003 auf Eis.

Ein Jahr nach dem Tsunami: Die Welt hielt inne

Mit Schweigeminuten, Gebeten und Zeremonien haben am Jahrestag der Tsunami-Katastrophe zehntausende Menschen rund um den Indischen Ozean der mehr als 220 000 Opfer gedacht. Einheimische und Ausländer kamen in Thailand (Foto) zusammen, um gemeinsam an die Toten zu erinnern. In der indonesischen Provinz Aceh hielten Trauernde am

Montag inne, als eine Sirene zu genau dem Zeitpunkt heulte, an dem die Flut vor einem Jahr das Land erreichte. Gestern verkündeten die früheren Separatisten aus Aceh, ihren militärischen Flügel aufzulösen. Unter dem Eindruck der Folgen des Tsunami hatten vor einem Jahr die Friedensgespräche mit der Regierung begonnen.

Foto: RTR

Wirtschaftsforscher Klaus F. Zimmermann appelliert an Merkel:**„Weg mit der Strafsteuer auf Arbeitsplätze“**

LÜBECK – Die Bundesregierung sollte sich voll darauf konzentrieren, die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland deutlich zu senken. Dafür dürfe sie auch die Mehrwertsteuer weiter erhöhen, sagt der Wirtschaftsforscher **Klaus F. Zimmermann**. Denn die 42 Prozent „Strafsteuer“ auf Arbeitsplätze seien das größte Problem.

Lübecker Nachrichten: Wie optimistisch blicken Sie ins neue Jahr? Wie viel Wirtschaftswachstum ist 2006 möglich?

Klaus F. Zimmermann: Mehr als 1,5 Prozent in jedem Fall, vielleicht sind knapp unter zwei Prozent möglich. Zahlen kann ich noch nicht nennen, das DIW arbeitet noch an seiner Prognose für 2006. Aber wir sind sicher, dass die Wachstumsraten deutlich höher sein werden als im Jahr 2005. Ob daraus ein richtiger Aufschwung wird, der sich auch 2007 fortsetzt, ist schwer zu sagen. Offen ist, was die Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2007 bewirken wird.

LN: Bleiben wir bei 2006: Sehen Sie da noch Risiken für das Wachstum?
Zimmermann: Nein, da sehe ich keine größeren Risiken. Naturkatastrophen sind natürlich nie vorhersehbar. Aber größere Störungen der Weltwirtschaft sind nicht zu befürchten, der Euro-Dollar-Kurs wird sich eher günstig für die Exportindustrie entwickeln.

LN: Risiko Mehrwertsteuererhöhung: Befürchten Sie 2007 größere Nachfrage-Einbrüche, weil alles drei Prozent teurer wird?
Zimmermann: Die drei Prozent können sicherlich nicht in einem Schritt voll auf die Preise aufgeschlagen wer-

den. Ansonsten wird vieles davon abhängen, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung entwickelt.

LN: Da kommt es zentral auf die Arbeitslosenzahl an. Wird die sinken?
Zimmermann: Insgesamt ist bei den Arbeitslosenzahlen 2006 ein Rückgang um 150 000, im günstigsten Fall um 200 000 möglich. 100 000 werden Folge des Wachstums sein, 50 000 bis 100 000 können Ergebnis verbesserter Vermittlungstätigkeit der Arbeitsagenturen sein, nachdem die Umstellung auf Hartz IV überstanden ist und die Agenturen sich auf die Vermittlung in Arbeit konzentrieren können. Wenn die vorhandenen Stellen schneller und effektiver besetzt werden können, bringt das schon eine Menge zur Senkung der Arbeitslosenzahlen.

LN: Wie sieht es mit der Zahl der versicherungspflichtigen Vollzeit-Arbeitsplätze aus?
Zimmermann: Die wird stagnieren. Nennenswerter Zuwachs ist erst bei höherem Wachstum zu erwarten. Aber es ist ja schon ein Erfolg, wenn der Abbau gestoppt wird.

LN: Zur Stimmungslage: Konnte die Bundesregierung den Wählern die Angst vor den Reformen nehmen, indem sie ihnen deutlich macht, wie das große Projekt aussieht und welche positiven Perspektiven es hat?
Zimmermann: Dann muss man auch ein klares, schlüssiges Konzept haben. Wenn die Regierung sich zu der Erkenntnis durchringt, dass die Lohnnebenkosten das größte Problem für den deutschen Arbeitsmarkt sind, dann muss man alle Maßnahmen darauf konzentrieren, sie zu senken. Dann darf man

für Marktforschung würden die Rechtsextremen mit vier Prozent derzeit an der fünf Prozent-Hürde scheitern. Damit würde sich der Stimmenanteil (9,2 Prozent) gegenüber der Landtagswahl von 2004 mehr als halbieren.

LN: Welche Reform empfehlen Sie Angela Merkel besonders?

Um Misshandlungen und Vernachlässigungen von Kindern früher aufzudecken, sollen nach Willen der saarländischen Landesregierung regelmäßige Pflichtuntersuchungen für alle Kinder eingeführt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf will das Saarland in den Bundesrat einbringen.

Die NPD-Fraktion in Sachsen verliert parallel zu den Mitgliederaus-tritten offenbar auch bei den Wählern an Zustimmung. Nach einer Umfrage des Leipziger Instituts



Klaus F. Zimmermann (53), Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

nicht einerseits die Arbeitslosenversicherung mit Steuermitteln senken, aber andererseits bei der Rente den Beitragssatz anheben und den Bundeszuschuss einfrieren. Das passt nicht zusammen.

LN: Sehen Sie überhaupt ein großes Gesamtkonzept?
Zimmermann: Nach der Regierungserklärung kann man den Eindruck haben, dass das große Gesamtkonzept fehlt. Oder die Regierung möchte es nicht nennen, nachdem die Parteien aus der Bundestagswahl gelernt haben: Zu viel Transparenz schadet nur. Insofern habe ich sogar ein bisschen Verständnis dafür, wenn die Regierung in 2006 erst mal heil durch die Landtagswahlen kommen und den Aufschwung abwarten will, um auf dieser Basis dann die größeren Reformen in Angriff zu nehmen.

LN: Welche Reform empfehlen Sie Angela Merkel besonders?

Zimmermann: Die konsequente Senkung der Lohnnebenkosten durch den Umbau des Sozialversicherungssystems hin zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter und einen ebenfalls aus Steuermitteln finanzierten Sozialausgleich in der Krankenversicherung. Das ist die Schlüssel-Reform. Wenn sie gelingt, geht die Arbeitslosigkeit zurück, steigen die Einnahmen des Staates und das Beitragseinkommen in der Sozialversicherung.

LN: Wäre eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht schädlich für die Binnenkonjunktur?
Zimmermann: Wenn sie einhergeht mit dem Abbau der Lohnnebenkosten, wenn sie am besten der Senkung von Sozialbeiträgen mit kurzer Verzögerung folgt, dann wäre sie unschädlich. In jedem Fall wäre sie besser als die 42 Prozent Strafsteuern, die heute in Form von Sozialabgaben auf den Löhnen und Gehältern lasten und Arbeitsplätze vernichten. Lieber höhere Steuern als hohe Arbeitslosigkeit.

LN: Ihr Appell an die Deutschen?
Zimmermann: Aufhören mit Jammern. Nehmen Sie positive Signale auf. Fragen Sie erst nach den Chancen neuer Entwicklungen und stellen Sie nicht gleich die möglichen Risiken in den Vordergrund.

Bei einem schweren Attentat mutmaßlicher Tamilenrebellens sind in Sri Lanka* zehn Soldaten getötet

Zimmermann: Die konsequente Senkung der Lohnnebenkosten durch den Umbau des Sozialversicherungssystems hin zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter und einen ebenfalls aus Steuermitteln finanzierten Sozialausgleich in der Krankenversicherung. Das ist die Schlüssel-Reform. Wenn sie gelingt, geht die Arbeitslosigkeit zurück, steigen die Einnahmen des Staates und das Beitragseinkommen in der Sozialversicherung.

LN: Welche Steuern müssen dafür erhöht werden?

Zimmermann: In erster Linie die Mehrwertsteuer. Da ist noch Spielraum nach oben im europäischen Vergleich. Und sie schädigt nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.

LN: Wäre eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht schädlich für die Binnenkonjunktur?
Zimmermann: Wenn sie einhergeht mit dem Abbau der Lohnnebenkosten, wenn sie am besten der Senkung von Sozialbeiträgen mit kurzer Verzögerung folgt, dann wäre sie unschädlich. In jedem Fall wäre sie besser als die 42 Prozent Strafsteuern, die heute in Form von Sozialabgaben auf den Löhnen und Gehältern lasten und Arbeitsplätze vernichten. Lieber höhere Steuern als hohe Arbeitslosigkeit.

LN: Ihr Appell an die Deutschen?
Zimmermann: Aufhören mit Jammern. Nehmen Sie positive Signale auf. Fragen Sie erst nach den Chancen neuer Entwicklungen und stellen Sie nicht gleich die möglichen Risiken in den Vordergrund.

LN: Welche Reform empfehlen Sie Angela Merkel besonders?

Zimmermann: Die konsequente Senkung der Lohnnebenkosten durch den Umbau des Sozialversicherungssystems hin zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter und einen ebenfalls aus Steuermitteln finanzierten Sozialausgleich in der Krankenversicherung. Das ist die Schlüssel-Reform. Wenn sie gelingt, geht die Arbeitslosigkeit zurück, steigen die Einnahmen des Staates und das Beitragseinkommen in der Sozialversicherung.

Nach Angriffen auf Sicherheitskräfte sind in Kuwait sechs Mitglieder einer El-Kaida-nahen Gruppe zum Tode verurteilt worden. Bei den Verurteilten handelt es sich um drei Kuwaiter und drei Araber ohne Staatenzugehörigkeit. Das Gericht befand sie für schuldig, im Januar in bewaffnete Zusammenstöße mit kuwaitischen

Sicherheitskräften verwickelt gewesen zu sein.

Der Benzinverkauf in Kanistern ist in Frankreich in immer mehr Regionen bis zum 2. Januar verboten worden. Die Behörden befürchten ein Wiederaufflammen der Unruhen vor allem in den Vorstädten, bei denen insgesamt mehr als 9000 Autos abgeackelt wurden.

Der Oberste Gerichtshof Chiles hat es abgelehnt, den 90-jährigen Ex-Diktator Augusto Pinochet aus dem Hausarrest zu entlassen und ein Verfahren gegen ihn wegen Menschenrechtsverletzungen einzustellen.

Der seltsame Fall Osthoff – Unverständnis auf allen Seiten

BERLIN – Nicht nur Politiker fast aller Parteien reagierten befremdet auf die Ankündigung der kurz vor Weihnachten nach dreiwöchiger Geiselhäft freigelassenen Susanne Osthoff, offenbar ihre Arbeit im Irak wieder aufzunehmen. Auch der Nestor der deutschen Auslandskorrespondenten, **Peter Scholl-Latour**, meldete sich zu Wort. Osthoff gebärde sich „extrem leichtsinnig“, befand der altgediente Nahostkenner, zudem trete sie die Bemühungen der deutschen Politik „mit Füßen“.

Dass die Bundesregierung andeutete, ihre Unterstützung für Projekte, an denen Susanne Osthoff beteiligt ist, einstellen zu wollen, stieß bei Osthoffs Mutter wiederum auf Unverständnis. Das sei „schon seltsam, was die Bundesregierung da macht“, so Ingrid Hala in der „Süddeutschen Zeitung“, in der sie außerdem von „vielen blöden Briefen“ berichtete, die sie zu dem Fall ihrer Tochter erhalten habe.

Schon seltsam finden es vermutlich viele, dass sich Susanne Osthoff auch über die Weihnachtstage nicht bei ihrer Familie in Deutschland meldete – sie habe „keine Ahnung“, wo ihre Tochter gerade sei und wie deren zwölfjährige Tochter zu ihr gekommen sei, sagte Hala.

Susanne Osthoffs Bruder wiederum begrüßte die Pläne seiner Schwester, im Irak weiterzuarbeiten: das Land müsse ja wieder aufgebaut werden. Die Projekte, an denen Osthoff beteiligt ist, sind der Aufbau eines deutschen Kulturzentrums in der nordirakischen Stadt Arbil sowie der Wiederaufbau einer Karawanserei in Mossul.

Osthoff hatte über Weihnachten in einem Fernsehinterview des Senders „Al Dschasira“ gesagt, sie sei von ihren Entführern gut behandelt worden. Die Kidnapper hätten kein Geld gewollt, sondern die Förderung humanitärer Projekte in den sunnitischen Regionen des Iraks. *mw*

Millionen müssen mehr an die Kassen zahlen

BERLIN – Vier Millionen Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen müssen sich nach einer Studie im neuen Jahr auf höhere Beiträge einstellen. Wie der Fachinformationsdienstes dfg (Dienst für Gesellschaftspolitik) schreibt, wollen vier All-gemeine Ortskrankenkassen und neun Betriebskrankenkassen zum 1. Januar erhöhen. Der stärkste Anstieg ergibt sich laut dfg bei der AOK Schleswig-Holstein, die die Beiträge um 0,8 Prozentpunkten von 13,6 Prozent auf 14,4 Prozent erhöht. Teuerste Krankenkasse Deutschlands werde die AOK Saarland mit 14,6 Prozent.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) meinte dazu: „Einige Kassen werden anheben, aber die Mehrheit, und zwar die überwiegende Mehrheit wird mit ihren Beiträgen stabil bleiben.“ Zugleich setzte sie sich dafür ein, die Zahl der rund 260 Krankenkassen drastisch zu senken: „Ich glaube, dass 30 bis 50 Krankenkassen in Deutschland genügend Wettbewerb bieten können.“ *dpa*

Nachrichten-Ticker+++Nachrichten-Ticker+++Nachrichten-Ticker+++Nachrichten-Ticker+++

Mit schwarz-grünen Bündnissen auf Länderebene rechnet bereits in nächster Zeit der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder. Ein zwischen herrsche mehr Offenheit für eine Koalition zwischen CDU und Grünen. Im Jahr 2006 gibt es fünf Landtagswahlen. Längerfristig hält der CDU-Bundestagsabgeordnete auch ein Zusammengehen auf Bundesebene für möglich.

Eine Öffnung der FDP zur SPD fordert der Vize-FDP-Chef Rainer Brüderle von seiner Partei. Unter Matthias Platzeck habe die SPD jetzt die Chance, sich neu aufzustellen. Parteichef Guido Westerwelle hatte sich nach der Bundes-

tagswahl klar gegen eine Ampel-Koalition unter Führung der SPD ausgesprochen.

Um Misshandlungen und Vernachlässigungen von Kindern früher aufzudecken, sollen nach Willen der saarländischen Landesregierung regelmäßige Pflichtuntersuchungen für alle Kinder eingeführt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf will das Saarland in den Bundesrat einbringen.

Die NPD-Fraktion in Sachsen verliert parallel zu den Mitgliederaus-tritten offenbar auch bei den Wählern an Zustimmung. Nach einer Umfrage des Leipziger Instituts

für Marktforschung würden die Rechtsextremen mit vier Prozent derzeit an der fünf Prozent-Hürde scheitern. Damit würde sich der Stimmenanteil (9,2 Prozent) gegenüber der Landtagswahl von 2004 mehr als halbieren.

Nach wochenlangem Beschuss israelischer Grenzorte durch Palästinenser will Israel jetzt im nördlichen Gazastreifen eine Sicherheitszone einrichten. Die Bewohner sollten bald aufgefördert werden, das Gebiet zu verlassen.

Bei einem schweren Attentat mutmaßlicher Tamilenrebellens sind in Sri Lanka* zehn Soldaten getötet

Sicherheitskräften verwickelt gewesen zu sein.

Der Benzinverkauf in Kanistern ist in Frankreich in immer mehr Regionen bis zum 2. Januar verboten worden. Die Behörden befürchten ein Wiederaufflammen der Unruhen vor allem in den Vorstädten, bei denen insgesamt mehr als 9000 Autos abgeackelt wurden.

Der Oberste Gerichtshof Chiles hat es abgelehnt, den 90-jährigen Ex-Diktator Augusto Pinochet aus dem Hausarrest zu entlassen und ein Verfahren gegen ihn wegen Menschenrechtsverletzungen einzustellen.